



Arguliner FDP
August 2009

Axel Wagner

Im August 2009 ist ein interner „[Arguliner Piratenpartei](#)“ der JuLis im Netz aufgetaucht. In diesem sollen Mitglieder der FDP auf Diskussionen mit Mitgliedern der Piratenpartei vorbereitet werden. Dazu werden potentielle Argumente der Piraten genannt, samt passender Gegenargumente.

Im Sinne eines politischen Dialogs sollen hier nun wiederum für Piraten Denkanstöße gegeben werden, wie auf die dort genannten Punkte reagiert werden könnte.

Dieser Text ist unter [CC-BY-NC-SA-DE 3.0](#) lizenziert. Weitergabe und Erweiterung ist ausdrücklich befürwortet, solange der Name des Autors genannt wird. Der TEX-Quellcode steht auf [meinem Blog](#) zur Verfügung. Verbesserungsvorschläge dürfen per [Mail an mich](#) gesendet werden und werden dann gegebenenfalls eingeplegt.

Kritik an der Piratenpartei

a. *Die Piratenpartei hat den Charme der APO, aber auch ihr Durchsetzungsvermögen.*

Hierzu muss generell wenig gesagt werden. Es sollte offensichtlich sein, dass die Argumentation „Wer nicht in der Regierung sitzt, kann nichts bewegen, also sollte man sich nicht dafür einsetzen, dass die Piratenpartei regieren kann“ keine saubere Kette, sondern ein (ziemlich kleiner) Kreis ist.

b. *Es geht nicht unbedingt um Politik, es geht darum, den „Alten“ und „Internetausdrückern“ eins auszuwischen.*

Es geht sehr wohl um Politik. Genauer darum, dass in der etablierten Politik eine aktive Beteiligung nicht möglich ist und man als Bürger nur als Stimmvieh gesehen wird. Es geht darum, eine Stimme im Parlament zu haben, die sich auch mit aktueller Technik auskennt und in der Lage ist, die Demokratie auch in den Zeiten von Internet und digitaler Datenübertragung zu verteidigen. Es geht darum sicherzustellen, dass neue Technologien für politische Teilhabe genutzt werden. Wer den Alten eins auswischen will, wer Protestwähler sein will, der ist besser beraten, die APPD, die PARTEI oder die HSP zu unterstützen - oder „nicht hin zu gehen“.

c. Warum Piratenpartei, wenn ich Bürgerrechte plus ein durchdachtes, freiheitliches Programm für alle anderen Politikfelder von der FDP bekommen kann?

Die Vorstellungen der FDP von einem effektiven Schutz der Bürgerrechte verbunden mit dem, was im Allgemeinen als „Schutz des Urheberrechts, auch im digitalen Zeitalter“ bezeichnet wird, sind in sich widersprüchlich. Der Urheberrechtsschutz, wie er von den etablierten Parteien verstanden wird ist nur möglich, durch umfangreiche Überwachungsbefugnisse und das Beschneiden des Rechtes auf Zugang zu freier Bildung. Angesichts des Gesamtkonzeptes der FDP, als wirtschaftsliberale Partei, besteht kein Zweifel daran, wofür sie sich im Zweifel entscheiden wird - nämlich eben nicht für die Bürgerrechte, sondern für die Rufe der Verwerter nach stärkerer Überwachung, um ihre veralteten Geschäftsmodelle zu stützen.

d. Die Piratenpartei hat mit Bürgerrechten, geistigem Eigentum und ein bisschen Bildung gerade einmal zweieinhalb Themen!

Zunächst einmal haben dann auch die Grünen nur das Thema „(ökologische) Nachhaltigkeit“, was ihnen aber niemand unterstellen würde. Es lassen sich aus diesen Grundvorstellungen durchaus auch Positionen zu anderen Themen herleiten.

Abgesehen davon hat das Konzept der Spartenpartei durchaus seine Vorteile, sowohl für die Partei, als auch für die Wähler. Die Begrenzung auf einige wenige Kernthemen, erlauben es der Piratenpartei, sich klar zu positionieren: Eine Koalition kommt nur in Frage, wenn die Themen der Piraten hinreichend Beachtung finden. Im Gegensatz zu Breitbandparteien werden hier also nicht viele Versprechen gemacht, in dem Bewusstsein, dass man viele dieser Versprechen brechen muss, wenn man auf eine Regierungsbeteiligung hofft. Ausserdem setzt man damit ein klares Signal, für die Wichtigkeit, mit der man die Themen der Piratenpartei bewertet. Der größte Teil der FDP-Wähler dürfte die FDP aufgrund ihren Einstellungen zu wirtschaftlichen Fragen wählen. Anders ausgedrückt: Verteilen sich 10 Prozent der Wählerstimmen auf zehn Programmpunkte, so bleiben pro Programmpunkt immer noch weniger Wähler, als wenn 5 Prozent der Wählerstimmen auf zweieinhalb Programmpunkte verteilt werden.

e. Die Piratenpartei würde nach eigener Aussage mit allen Parteien koalieren!

Bei hinreichender Beachtung ihrer Programmatik, sicherlich. Der Vorwurf, die Piratenpartei könnte beim Winken einer Koalition mit der Union beim Thema Bürgerrechte einknicken macht deshalb grundsätzlich keinen Sinn, weil ohne die Bürgerrechte keinerlei Interesse an einer Regierungsbeteiligung bestehen kann. Das ist wie bereits geschildert ein Vorteil einer Spartenpartei.

Die FDP hingegen hat auch abseits der Bürgerrechte jede Menge Vorstellungen und Programmpunkte, die sie gerne realisieren würde, es würde sich also für die FDP durchaus lohnen, von ihren Forderungen zu Bürgerrechten und Datenschutz abzulassen, wenn sie dafür ihre wirtschaftsliberalen Vorstellungen realisieren könnten (denn wie dargestellt sind diese beiden Punkte sowieso widersprüchlich).

f. *Die Piratenpartei will das Urheberrecht faktisch abschaffen und Spezialwissen enteignen!*

Die Aussage, dass die Piratenpartei im nichtkommerziellen Bereich das Urheberrecht faktisch abschaffen will, basiert auf einer rein wirtschaftlichen und nicht mehr zeitgemäßen Interpretation des Begriffes des Urheberrechtes. Obwohl zum Beispiel die von der Piratenpartei geförderten Creative-Commons-Lizenzen die nichtkommerzielle Vielfältigkeit fördern und begrüßen, so erlauben sie dem Urheber weiterhin vielfältige Kontrollen über sein Werk auszuüben. So kann er zum Beispiel abgeleitete Werke verbieten, die kommerzielle Weitergabe unterbinden und er muss bei der Weitergabe seines Werkes immer in einer selbstgewählten Form namentlich genannt werden. Wichtige Urheberrechte werden also tatsächlich gefördert und geschützt. Die Aussagen der JuLis (und anderer) zu diesem Thema beruhen also auf der Sicht von Urheberrecht, als das Recht, sein Wissen an Privatpersonen zu verkaufen, der Betrachtung nichtmaterieller Güter als *rein* monetären, wirtschaftlichen Wert also. Eine solche Sichtweise lehnt die Piratenpartei in der Tat ab, für sie ist Kultur ein Wert, der für sich selbst steht und der durch Weitergabe nur vergrößert werden kann.

Der Lebensunterhalt des Künstlers muss natürlich ebenfalls gewährleistet werden, doch sollten dazu alternative, nichtinvasive Geschäftsmodelle gefördert werden, die ohne künstliche Verknappung eines unbegrenzt zur Verfügung stehenden Gutes auskommen. Auch sollte das Einkommen weniger Anreiz zur Kulturschaffung sein, als vielmehr Mittel. Studien und Erfahrungen untermauern die Aussage, dass Werke, die zum Geldverdienen geschaffen wurden meist kurzfristige Hits sind, während die künstlerischen Werke mit breiter und loyaler Fanbase für gewöhnlich ohne kommerziellen Vordergrund geschaffen werden.

Im Übrigen ist die derzeitige Praxis gleichermaßen eine Enteignung der Künstler. Um ihre Werke veröffentlicht zu sehen (und es sollte Ziel jedes Künstlers sein, dass sein Werk möglichst häufig betrachtet oder gehört wird) müssen sie häufig restriktive Standardverträge mit Verlagen oder anderen Verwertungsgesellschaften eingehen, die ihnen nicht nur die Rechte über die Bestimmung, auf welche Weise die Werke verwendet und verwertet werden nehmen, sondern sie im Allgemeinen auch nur bruchstückhaft an ihrer eigenen Schöpfung zu beteiligen. Die Förderung alternativer Geschäftsmodelle verbessert also die Kontrolle des Künstlers über die Verwendung seines Werkes, da er sich auch von Verwertungsgesellschaften unabhängig machen kann.

g. *Die Piratenpartei verkauft eine Emnid-Umfrage zu ihren Gunsten, um den Anschein zu erwecken, sie wäre schon fast im Deutschen Bundestag!*

Es ist Wahlkampf. Über Populismus und voreilige Wahlkampfaussagen der etablierten Parteien ließe sich vermutlich ein eigener Roman in Harry Potter Umfang schreiben - pro Partei.

h. *Die Piratenpartei kommt eh nicht über die 5%-Hürde hinaus, wer seine Stimme den*

Piraten gibt, verschenkt sie!

Auch die FDP hat lange Zeit ihres Bestehens unterhalb der 5%-Hürde existiert, genauso wie die Grünen und jede andere Partei. Nur wenn man sie wählt, hat sie also eine Chance, auch über diese Hürde zu springen. Überdies liefert ab dem ersten Prozent der Wählerstimmen jede Stimme einen Beitrag zur Wahlkampffinanzierung und trägt somit zukünftige Wahlerfolge der Piraten. Auch falls die Piratenpartei die 5%-Hürde also nicht schaffen sollte, sollte die Stimme nicht als verschenkt betrachtet werden, sondern als sorgfältige Investition in die Zukunft. Wechsel kommt immer stetig, Schritt für Schritt und jeder Schritt bringt uns unserem Ziel ein wenig näher.

Abgesehen davon sendet wiederum bereits ein Ergebnis von wenigen Prozent ein deutliches Signal an Berlin und zwingt die etablierten Parteien, die Themen der Piratenpartei ernst zu nehmen und sinnvoll zu behandeln - und in letzter Konsequenz geht es schließlich genau darum, dass die Ziele umgesetzt werden. Nicht, wer im Parlament sitzt, zählt, sondern was dort entschieden wird. Dieser Umstand wird von den etablierten Parteien leider mittlerweile viel zu häufig ignoriert.

Apologie der JuLis

a. *Die FDP ist die Bürgerrechtspartei!*

Was in dem „Arguliner“ der JuLis überzeugend dargelegt wird, ist, dass die FDP zwar in Fällen, in denen sie auf Länder- oder Bundesebene in der Regierung beteiligt ist, sich mehrfach und entschieden gegen die Bürgerrechte entschieden haben, diese aber in ihrer Zeit in der Opposition ebenso entschieden verteidigt haben. Ziel muss es also für einen auf Bürgerrechte bedachten Bürger sein, die FDP in der Opposition zu halten, da sie bei Regierungsbeteiligung nur zu leicht ihre Prinzipien vergisst.

b. *Man muss zwischen Länder- und Bundespolitik unterscheiden!*

Tatsächlich handelt es sich um *eine* Partei mit *einer* Linie. Die FDP steht auf Länder- wie auf Bundesebene für mindestens sehr ähnliche, wenn nicht die gleichen Werte und es ist damit davon auszugehen, dass auf Bundes- wie auf Landesebene auch ähnliche Menschen beteiligt sind, die ähnliche Entscheidungen treffen. Wie bereits angemerkt spricht die Erfahrung - auch auf Bundesebene - nicht für eine FDP mit Regierungsbeteiligung.

c. *Die FDP hat bisher keine Koalitionsaussage beschlossen.*

Das ist allerdings vollkommen irrelevant. Die SPD hat mit ihren Verfehlungen in den letzten Jahren so viele Wählerstimmen vernichtet, dass eine Rot-Gelbe Koalition wohl kaum regierungsfähig wäre, sollte die FDP also koalieren, so wird dies mit der Union geschehen, vollkommen unabhängig davon, was sich die FDP wünscht. Und ausgerechnet die Zustimmung zu den Netzsperrern (ein tiefschwarzes Gesetz) als Argument gegen die

SPD zu wählen (ihnen also vorzuwerfen, dass sie für die Koalition die Bürgerrechte verletzt haben), während man selbst eine Koalition mit der Union anstrebt, ist eine fast schon traurige Polemik.

d. Nur weil etwas häufig praktiziert wird, ist es noch nicht gleich in Ordnung.

Die JuLis bringen hier den populären Vergleich an, dass niemand das Tempolimit abschaffen würde, nur weil es häufig überschritten würde. Angemessener wäre es, zu vergleichen, dass niemand ein Gesetz gutheissen würde, nachdem nur noch Autos in Deutschland verkauft werden dürfen, die Höchsttempo 100 erreichen, nur weil die Deutsche Bahn zu wenige ihrer überteuerten Tickets verkauft, und dies auf private PKW schiebt.

Die veralteten Geschäftsmodelle der Contentindustrie dürfen als gescheitert betrachtet werden. Nicht, weil so viele Menschen Dateien tauschen, sondern weil dies zeigt, dass der Markt nicht mehr bereit ist, horrende Preise für eine Dienstleistung zu bezahlen, die sie quasi umsonst auch selbst erledigen können. Was die Contentindustrie derzeit erlebt ist nicht etwa die Bössartigkeit der Konsumenten, sondern das klare Signal des Marktes, dass ihre Geschäftsmodelle als veraltet betrachtet werden. Fraglich ist auch, wieso sich ausgerechnet eine Partei, die wirtschaftsliberale Standpunkte vertritt, sich bei einem solch klaren Signal des freien Marktes ausgerechnet für staatliche Regulierung und eine künstliche Verknappung der Güter einsetzt.